

Schriftliche Stellungnahme

Dr. Maximilian Stockhausen, Köln

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 21. Juni 2021 zum

- a) Antrag der Abgeordneten René Springer, Jürgen Pohl, Martin Sichert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
Lehren aus dem Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht ziehen - BT-Drucksache 19/30403
- b) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
Schutz vor Armut und Ausgrenzung garantieren – Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht ziehen - BT-Drucksache 19/30388
- c) Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Anja Hajduk, Beate Müller-Gemmeke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ein Zukunftsprogramm gegen Armut - Armut bekämpfen, Teilhabe garantieren, Chancen und Zusammenhalt stärken - BT-Drucksache 19/30394

siehe Anlage

Stellungnahme

**6. Armuts- und Reichtumsbericht
der Bundesregierung**

Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages

Dr. Maximilian Stockhausen

Berlin, 17.6.2021

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1 Arbeitsmarkt	4
2 Einkommen	4
3 Vermögen	6
4 Soziale Lagen	8
5 Soziale Mobilität	9
6 Subjektive Wahrnehmung	10
7 Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie	11
Literatur	12

Zusammenfassung

Mit dem 6. Armuts- und Reichtumsbericht (ARB) kommt die Bundesregierung ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach zur Mitte einer jeden Legislaturperiode dem Deutschen Bundestag Bericht über fundamentale Kennzahlen zur **Entwicklung von Armut und Reichtum** in Deutschland zu erstatten. In dieser Legislaturperiode hat sich die Veröffentlichung des Berichts anlässlich des Auftretens des Coronavirus SARS-CoV-2 verzögert. Diese Verzögerung ermöglichte, erste Erkenntnisse zu den **Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie** in den Berichtsentwurf aufzunehmen, wenngleich bislang vorliegende Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind, da die pandemische Lage nicht beendet ist und langfristige Folgen für die Verteilung von Einkommen und Vermögen erst in künftigen Berichten analysiert werden können.

Der Schwerpunkt des 6. ARB liegt in der Dokumentation der Entwicklung der Einkommen und Vermögen in den Jahren vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Im Kern beschreibt der Bericht eine **Fortsetzung der positiven Entwicklung** fundamentaler Kennzahlen des Arbeitsmarkts, der Einkommen sowie der Vermögen, die sich bereits im vorherigen ARB abgezeichnet hat. Der 6. ARB konstatiert, dass sich die **Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen** seit 2005 nahezu nicht verändert hat. Dieser Befund wird durch eigene Analysen sowie Dritter bestätigt (siehe unter anderem Niehues/Stockhausen, 2020a oder Grabka, 2021). Auch die **Nettovermögensungleichheit** hat sich seit der Finanzkrise 2007 nicht weiter erhöht, auch wenn sie gegenüber den 1990er Jahren – ähnlich wie die Einkommensungleichheit – höher ausfällt. Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen durch die Finanzkrise 2007/2008 sowie durch die Flüchtlingszuwanderung kann die **Stabilisierung des sozialen Gefüges bei durchschnittlich steigenden Realeinkommen aller Einkommensgruppen** als positiv bewertet werden.

Als kritisch wird das weiterhin überdurchschnittlich hohe **Armutsrisiko** von Arbeitslosen, Alleinerziehenden und Menschen mit einem Migrationshintergrund erachtet. Aber auch in diesen drei Gruppen zeigt sich zumindest seit 2015 keine weitere Zunahme im jeweiligen Armutsrisiko und die absolute **Zahl der Arbeitslosen** konnte in den Jahren vor der Corona-Pandemie erheblich reduziert werden. Zudem wird im 6. ARB festgestellt, dass knapp die Hälfte der von relativer Armut bedrohten Menschen im Zeitraum zwischen 2006 und 2016 den Niedrigeinkommensbereich nach spätestens fünf Jahren wieder verlassen haben. Zudem ist im gleichen Zeitraum eine **erhebliche Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit** zu beobachten gewesen. Ein Erfolg, der sich im 5. ARB noch nicht so deutlich abzeichnete und der auf die günstige Beschäftigungsentwicklung zurückzuführen sein dürfte. Zwischen 2010 und 2019 ist der Anteil derjenigen ebenfalls beinahe kontinuierlich gesunken, die unter (erheblichen) **materiellen Entbehrungen** litten.

Fragen der **sozialen Mobilität** waren ein weiterer Schwerpunkt des 6. ARB sowie die Vermessung **sozialer Lagen** mithilfe eines neu entwickelten multidimensionalen Ansatzes, der neben Einkommen auch das Vermögen (abgeleitet aus Vermögenserträgen), die (relative) Wohnsituation sowie Formen der Erwerbstätigkeit berücksichtigt. Die Betrachtung verschiedener Dimensionen stellt eine sinnvolle Ergänzung einer isolierten Einkommensbetrachtung dar. Der vorliegende Ansatz ist jedoch in seinem Aufbau relativ komplex und zumindest mit Blick auf die Ergebnisse der jährlichen Querschnitte vergleichbar mit der alleinigen Betrachtung der Ein-

kommensentwicklung. Durch die Aggregation der unterschiedlichen Dimensionen gehen jedoch Informationen zu den Ursachen möglicher Benachteiligungen „verloren“, die jedoch für eine gezielte Bekämpfung dieser Problemlagen erforderlich sind, insofern hier Handlungsbedarf bestünde. Kritisch hebt der Bericht außerdem vor, dass **dauerhafte oder wiederholte Armutsgefährdungslagen** gegenüber den 1990er Jahren tendenziell zugenommen haben und dies mit einer geringeren Aufstiegsmobilität aus unteren Einkommenslagen einhergeht. Eigene Untersuchungen bestätigen diese Entwicklung, wobei sich auch hier eine Stabilisierung der Mobilitätsstrukturen in den vergangenen Jahren abzeichnet.

Nicht zuletzt hat das Funktionieren sozialstaatlicher Sicherungssysteme im Zuge der Corona-Pandemie gezeigt, dass der **Sozialstaat handlungsfähig** ist. Allerdings wird der demografische Wandel zunehmenden Handlungsdruck auf das Sozialversicherungssystem ausüben, beispielsweise mit Blick auf die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Eine neue Bundesregierung wird nicht umhinkommen, die Teilsysteme der sozialen Sicherung zukunftsfest zu gestalten. Konfliktlinien zeichnen sich aber nicht nur in der Lastverteilung zwischen den Generationen der Beitragszahler und Leistungsbezieher ab – namentlich in der gesetzlichen Rentenversicherung, in der Wirkung ähnlich aber auch in den gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen. Die diskutierten Vorschläge zur Finanzierung künftig steigender Sicherungsansprüche haben auch unterschiedliche Auswirkungen auf die Verteilung der Nettoeinkommen, die das aktuelle Verteilungsbild im Querschnitt der Bevölkerung verändern dürfte.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die ökonomische Disziplin keine normativen Kriterien zu begründen vermag, um die unterschiedlichen Befunde zu bewerten – dies obliegt dem Souverän und den demokratisch legitimierten Akteuren. Allerdings deuten die **stabilen Entwicklungen der Einkommens- und Vermögensverteilungen** in der jüngeren Vergangenheit umgekehrt nicht darauf hin, dass akut ein anderer Handlungsbedarf zu konstatieren ist als vor fünf oder zehn Jahren. Wollte man dennoch alternative Verteilungszustände anstreben, dann sind aber auch mögliche Ausweichreaktionen einzubeziehen, die sich auf die Entwicklung der Wirtschaftsleistung auswirken können. Die Befundung durch den 6. ARB ist deshalb auch vor dem Hintergrund der stabilen wirtschaftlichen Entwicklung zu interpretieren, die die materiellen Voraussetzungen staatlicher Sozial- und Verteilungspolitik erst schaffen.

Im Folgenden werden einzelne Bereiche näher diskutiert und Entwicklungen eingeordnet.

1 Arbeitsmarkt

Im letzten Jahrzehnt hat sich die **Arbeitslosigkeit** durch einen starken Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse erheblich verringert. Waren im Jahr 2005 noch 4,86 Millionen Menschen arbeitslos, so verringerte sich ihre Zahl beinahe kontinuierlich auf 2,27 Millionen Menschen im Jahr 2019 (Bundesagentur für Arbeit (BA), 2021a). Dabei ist die **Beschäftigungssicherheit** gestiegen und die Anzahl von Menschen in **Langzeitarbeitslosigkeit** ebenfalls gesunken: Sie sank von 1,14 Millionen Menschen im Jahr 2010 auf 727.000 im Jahr 2019. Im Mai 2021 lag die Zahl coronabedingt jedoch wieder bei über 1 Million (BA, 2021b). Der Arbeitsmarkt erlebte somit vor Corona einen erheblichen Aufschwung, der zudem durch eine steigende Zahl offener Stellen geprägt war, die zunehmend schwieriger mit geeigneten Fachkräften zu besetzen waren (**Fachkräfteengpässe**). Besonders oft fehlen qualifizierte Bewerber in handwerklichen Berufen, der IT oder im Gesundheits- und Pflegebereich. Fachkräfteengpässe dieser Art waren und sind dabei häufiger in Süddeutschland zu finden gewesen, aber zunehmend auch in ostdeutschen Regionen. Auch der ländliche Raum ist häufiger von Fachkräfteengpässen betroffen gewesen als der städtische (KOFA, 2021).

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt hat sich seit Mitte der 2010er Jahre in einem starken sowohl nominalen als auch realen **Lohnwachstum** niedergeschlagen. Der Anteil der Summe der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, die sogenannte **Lohnquote**, hat insbesondere seit 2017 gegenüber den Unternehmens- und Vermögenseinkommen überdurchschnittlich stark zugenommen und lag mit rund 72 Prozent im Jahr 2019 wieder auf dem Höchstniveau der 1990er Jahre. Aktuelle Ergebnisse aus Fedorets et al. (2020) auf Grundlage von Haushaltsbefragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) legen zudem nahe, dass bereits seit dem Jahr 2013 ein Rückgang der **Ungleichheit in den Bruttostundenlöhnen** zu beobachten ist, der auf deutlich gestiegene Bruttolöhne zurückgeht und der sich mit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns noch einmal leicht verstärkt hat; zwischen 2013 und 2018 sind die Bruttostundenlöhne im SOEP um durchschnittlich 8 Prozent gestiegen (real, das heißt nach Inflationsausgleich). Aufgrund von Arbeitszeitanpassungen sind die Monatslöhne jedoch in Folge des Mindestlohns weniger stark gestiegen als die Bruttostundenlöhne (Fedorets et al., 2020). Weiterhin zeigen neueste Untersuchungen von Grabka (2021), dass sich mittlerweile deutliche Anzeichen für ein Schrumpfen des **Niedriglohnssektors** zeigen.

2 Einkommen

Die günstigen Entwicklungen am Arbeitsmarkt haben auch dazu beigetragen, dass sich die **verfügbaren Haushaltseinkommen** aller Einkommensgruppen gegenüber dem Jahr 2005 erhöht haben, das heißt die reale Kaufkraft gestiegen ist. Insbesondere ist seit dem Jahr 2015 ein **starker realer Einkommensanstieg in den unteren Teilen der Einkommensverteilung** sichtbar, der auf die konjunkturelle Entwicklung der Gesamtwirtschaft sowie den Beschäftigungszuwachs zurückgeht. Aktuelle Daten des SOEP, die im 6. ARB noch nicht berücksichtigt werden konnten, belegen dies: So sind die realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen der jeweils unteren 10 Prozent der Einkommensverteilung zwischen den Jahren 2015 und 2018 um rund 7 Prozent gestiegen (1. Dezil), in der Mitte (5. Dezil) ebenfalls um rund 7 Prozent und bei den oberen 10 Prozent um rund 5 Prozent (Grabka, 2021).

Nach einem Anstieg der Einkommensungleichheit zwischen 1991 und 2005 konstatiert der Bericht für den Zeitraum seit 2005 eine weitestgehend **stabile Entwicklung der Einkommensverteilung**. Diese Einschätzung wird auch durch eigene empirische Analysen gestützt (siehe Stockhausen/Calderón, 2020). Eine wesentliche Erhöhung des Ungleichheitsniveaus ist für die verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen den Jahren 1999 und 2005 zu beobachten, in einer Periode, die von steigender Arbeitslosigkeit und geringer werdenden Aufstiegschancen, insbesondere im Osten Deutschlands, geprägt war. Seit dem Jahr 2005 schwankt die Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen gemessen am Gini-Koeffizienten jedoch auf einem nahezu unveränderten Niveau von 0,29 Gini-Punkten. Auch die Verteilung der bedarfsgewichteten **Markteinkommen der Haushalte** – also vor Steuern, Beitragszahlungen und Transfers – erweist sich seit dem Jahr 2005 weitgehend stabil, mit zuletzt sogar leicht abnehmender Tendenz (siehe auch Grabka, 2021). Dabei liegt das Ungleichheitsniveau jedoch höher als bei den verfügbaren Haushaltseinkommen, da hier weder gesetzliche Renten noch staatliche Transferleistungen oder zu zahlende Steuern und Abgaben berücksichtigt wurden, die zu einer gleichmäßigeren Verteilung beitragen.

Zudem geht aus **kontrafaktischen Verteilungsanalysen** von Kleimann et al. (2020) hervor, die Teil der Begleitforschung des 6. ARB waren, dass die positive Beschäftigungsentwicklung isoliert betrachtet zu einer Verringerung der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen geführt hätte. Andere Faktoren haben diesem Effekt jedoch entgegengewirkt, beispielsweise die Flüchtlingsmigration, sodass die relative Einkommensungleichheit im betrachteten Zeitraum von 2005/06 bis 2016 nahezu unverändert blieb. Entscheidend ist neben der Entwicklung der relativen Ungleichheit aber vor allem der Umstand, dass seit dem Höhepunkt der Flüchtlingsmigration im Jahr 2015 die real verfügbaren Einkommen im Durchschnitt in allen Einkommenschichten zugenommen haben und somit das absolute Wohlstandsniveau aller Gruppen gestiegen ist. Hierin zeigt sich nicht zuletzt das Funktionieren der bestehenden Arbeitsmarktmechanismen, der sozialen Sicherungssysteme und die Integrationskraft der deutschen Gesellschaft.

Gleichwohl liegt die **Armutsgefährdungsquote** heute auf einem höheren Niveau als in den 1990er Jahren (auch **Niedrigeinkommensquote** genannt, da sie im Kern noch keine materielle Mangellage beschreibt, sondern vielmehr ein relatives Verteilungsmaß ist). Allein zwischen 2005 und 2017 ist die Armutsgefährdungsquote im SOEP von 13,8 auf 16,1 Prozent angestiegen, wobei der jüngste Anstieg vor allem in den Jahren 2012 bis 2015 stattfand (siehe auch Grabka, 2021). Mit der positiven Einkommensentwicklung auch im unteren Einkommensbereich zeigt sich seither keine weitere Erhöhung. Dabei ist zu beachten, dass mit steigendem Medianeinkommen die Armutsgefährdungsgrenze, die als 60 Prozent des Medians der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen definiert wird, von 1.037 Euro im Jahr 2005 auf 1.168 Euro im Jahr 2017 gestiegen ist (in Preisen von 2017, also real um 12,6 Prozent). Dabei zeigt auch dieser Bericht, dass weiterhin Erwerbs- und Arbeitslosigkeit sowie Unterbeschäftigung das mit Abstand **größte Armutsgefährdungsrisiko** darstellen. Zudem zeigt der Bericht auf, dass auch das Armutsrisiko von Kindern stark mit der Erwerbssituation der Eltern zusammenhängt. Auch Menschen mit einem Migrationshintergrund sind wie Alleinerziehende überdurchschnittlich oft von Einkommensarmut gefährdet. In allen drei Gruppen haben sich die Armutsrisiken zwar seit 2015 nicht verschärft, sind aber auch nicht deutlich zurückgegangen.

Bei der Differenzierung der **Armutsriskien nach Altersgruppen** ergeben sich in den Datensätzen teilweise erhebliche Unterschiede (Niehues, 2017; Niehues/Stockhausen, 2020b), auf die der 6. ARB ebenfalls hinweist. Dieser Hinweis ist zu begrüßen, da die Bestimmung der Bevölkerungsgruppen mit vergleichsweise großen Armutsriskien von großer Relevanz für wirksame sozialpolitische Handlungsmaßnahmen ist. Auf Basis des EU-SILC und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zeigen sich beispielsweise unterdurchschnittliche Armutsriskien für Kinder, dafür vergleichsweise hohe Armutsriskien für die ältere Bevölkerung. SOEP und Mikrozensus ergeben zwar ähnliche Armutsriskien nach Altersgruppen und Haushaltstyp, aber substantielle Unterschiede in den Armutsriskien für Ost- und Westdeutschland: Gemäß Mikrozensus nähert sich die Armutsrisikoquote Ostdeutschlands seit 2005 zunehmend an den westdeutschen Durchschnitt an und der Unterschied liegt 2017 nur noch bei 2,5 Prozentpunkten. Gemäß SOEP erfolgt hingegen keine Annäherung und der Unterschied liegt im Jahr 2017 weiterhin bei 7,2 Prozentpunkten (siehe Tabellenanhang des 6. ARB). Neben den Unterschieden zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigen sich ebenso erhebliche Unterschiede in der Höhe der Armutgefährdungsschwellen – 1.168 Euro im SOEP 2017 gegenüber 1.364 Euro gemäß EVS 2018, bei vergleichbarem Einkommenskonzept (siehe Tabellenanhang des 6. ARB oder Niehues, 2017). Vor dem Hintergrund der Bedeutung der korrekten Identifikation von Armutsriskien ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Unterschieden zwischen den Datensätzen für die künftige Armuts- und Reichtumsberichterstattung gleichsam wichtig und wünschenswert.

3 Vermögen

Ähnlich zu den verfügbaren Einkommen hat sich auch die **Verteilung der Nettovermögen** entwickelt und erweist sich seit der Finanzkrise als nahezu unverändert. In der langen Frist ist auf Basis der EVS ein Anstieg des Niveaus der Ungleichheit gegenüber den 1990er Jahren zu erkennen, der sich aber spätestens seit der Finanzkrise 2007 nicht weiter fortgesetzt hat (Stockhausen/Niehues, 2019). Die **durchschnittlichen und mittleren Nettovermögen** sind seit der Finanzkrise nominal gestiegen, was auch mit der lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und einem insgesamt niedrigen Zinsumfeld zu tun haben dürfte. So sind in den vergangenen Jahren insbesondere Immobilien- und Wertpapierpreise gestiegen, von denen die (obere) Mitte und die relativ Reichen stärker profitiert haben dürften. Gleichzeitig sind aber auch Kredit- und Hypothekenbelastungen gesunken, was für den unteren Vermögensbereich relevanter sein dürfte. Zudem stabilisierte die Geldpolitik der EZB die Arbeitsmärkte in der Eurozone und unterstützte somit eine günstige Arbeitsmarktentwicklung, sodass Vermögensbildung durch Sparen für viele Haushalte überhaupt erst oder in größerem Umfang möglich wurde (Deutsche Bundesbank, 2016; EZB, 2021). Die vorhandenen Indikatoren zur (relativen) **Vermögensungleichheit** deuten jedenfalls in der letzten Dekade auf eine stabile bis leicht sinkende Entwicklung hin, was von unterschiedlichen Datensätzen gleichermaßen getragen wird.

Teil des 6. ARB war zudem ein Begleitprojekt zur Verbesserung der Datenlage im Bereich hoher Vermögen, was auch aus wissenschaftlicher Perspektive sehr zu begrüßen ist und als Teil der Vermögensbefragungen im SOEP verstetigt werden sollte. Die Ergebnisse dieser **Hochvermögenden-Befragung** impliziert gegenüber den Ursprungsdaten erwartungsgemäß eine höhere

Vermögensungleichheit – die Top-Vermögensanteile liegen jedoch im Bereich der Kennziffern bisheriger Studien, die hohe Vermögen mit Hilfe von Reichenlisten hinzu schätzen. Seit 2014 gibt es bereits mehrere Studien, die gleichsam auf Basis des SOEP und auf Basis der Befragungsdaten der Deutschen Bundesbank mit Hilfe von Reichenlisten hohe Vermögen hinzu geschätzt haben (siehe unter anderem Westermeier/Grabka, 2015; Bach et al. 2019). Für die oberen 10 Prozent deuten die Hinzuschätzungsstudien jeweils auf Vermögensanteile in Höhe von etwa zwei Drittel hin, für das oberste Prozent auf Werte im Bereich von einem Drittel. Die im Entwurf des ARB dokumentierten **Vermögensanteile** (Top-1-Prozent-Anteil in Höhe von 28 Prozent) liegen eher unterhalb der bereits bekannten Hinzuschätzungen auf Basis von Reichenlisten. Eine steigende Nettovermögensungleichheit lässt sich daraus nicht ableiten. Die Befunde können aus ökonomischer Sicht nicht bewertet werden – dazu fehlt der Disziplin ein geeignetes Werturteil. Festzustellen bleibt aber, dass sich aus der verbesserten Erfassung der Hochvermögenden kein grundsätzlich neues Verteilungsbild ergibt, dieses aber auf einer verbesserten Datenbasis bestätigt werden kann.

Die Höhe der Vermögensungleichheit und die Möglichkeiten zum **Vermögensaufbau** hängen zudem mit der **Ausprägung des Wohlfahrtsstaates** zusammen. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass der Vermögensaufbau am unteren Ende der Verteilung insbesondere in den Staaten gering ausfällt, die wie Deutschland über eine hohe sozialstaatliche Absicherung verfügen. Denn diese mindert einerseits den Anreiz zur privaten Vorsorge und andererseits reduziert eine höhere Steuer- und Abgabenlast die finanziellen Möglichkeiten der privaten Haushalte zum Sparen. Dazu passend ist die Nettovermögensungleichheit in Deutschland ähnlich hoch wie in egalitär geprägten Wohlfahrtsstaaten wie Schweden oder Dänemark. Zudem ist **Wohneigentum ein wesentlicher Vermögensbestandteil** und damit ein bestimmender Faktor für die Verteilung der Vermögen. Primär kann gezeigt werden, dass die unterschiedlichen Wohneigentumsquoten stark mit institutionellen Unterschieden und individuellen Präferenzen verknüpft und daher per se nicht problematisch sind. Hindernisse beim Erwerb und Aufbau von Wohneigentum – wie zum Beispiel hohe Nebenkosten und Steuern – können jedoch der Verbreitung dieser Vermögensart im Weg stehen (Beznoska et al., 2018).

In Bezug auf den Einfluss von **Vermögensübertragungen** kommen die Analysen im Rahmen des 6. ARB zu dem Schluss, dass Erbschaften die Ungleichheit der Vermögensverteilung erhöhen (6. ARB, 85), da sie häufiger im oberen Vermögensbereich auftreten und dort auch vom Betrag her höher ausfallen. Damit stehen die Ergebnisse des 6. ARB zur Wirkung auf die relative Ungleichheit im Widerspruch zu früheren Studien, die einen ungleichheitsmindernden Einfluss von Erbschaften auf die relative Vermögensungleichheit in Deutschland, aber auch in anderen Industrieländern nachweisen (siehe unter anderem Bönke et al., 2017). Der Mechanismus hinter der Reduzierung der Vermögenskonzentration besteht darin, dass zwar reichere Erben häufiger und größere Beträge erben als ärmere, aber der Anteil der Erbschaften am vorhandenen Vermögen der ärmeren Erben größer ist und sich somit ihr Anteil am Gesamtvermögen prozentual erhöht. Hinzukommt in vielen Fällen, dass sich Erbschaften auf mehrere Erben aufteilen, wodurch die Vermögenskonzentration ebenfalls reduziert wird (Stockhausen, 2020).

4 Soziale Lagen

Neues Element des 6. ARB ist ein **multidimensionaler Ansatz** zur Beschreibung sozialer Lagen, der neben Einkommen auch das Vermögen (abgeleitet aus Vermögenserträgen), die (relative) Wohnsituation sowie Formen der Erwerbstätigkeit berücksichtigt. Dieses multidimensionale Maß identifiziert im Querschnitt einen geringeren Teil der Bevölkerung als von Armut gefährdet, als es die alleinige Betrachtung der Einkommen hervorbringt. Ursächlich ist dafür, dass Nachteile in einer Dimension durch Vorteile in einer anderen kompensiert werden können. Allerdings folgt daraus sogleich eine wesentliche Einschränkung dieses zusammengefassten Indikators, der insbesondere für zielgerichtete Maßnahmen zur Prävention von prekären Lagen schwerwiegend ist. So ist nicht klar, in welchen Dimensionen Vor- und Nachteile bestehen, da diese Informationen im aggregierten Wert miteinander verschwimmen. Daher erscheint es sinnvoll, neben dem aggregierten Wert stets auch die einzelnen Dimensionen zu betrachten, was einem sogenannten Dashboard Ansatz entspricht und im Bericht ebenso empfohlen wird.

Aber auch die ausgewählten **Einzelindikatoren** müssen jeweils kritisch beurteilt werden. Bei Betrachtung der **Wohnsituation** ist beispielsweise aufgrund der relativen Abgrenzung zum Median nicht klar, ob trotz Unterscheidung zwischen unterschiedlichen Wohnorten und Haushaltsgrößen ausschließlich Personen in einer tatsächlichen Mangellage identifiziert werden. So lebt beispielsweise ein Paar in einer ländlichen Gemeinde bereits mit 80qm in sehr beengten Verhältnissen. Eine einfachere Betrachtung der Wohnfläche in Quadratmetern pro Kopf könnte den Komplexitätsgrad reduzieren und zu qualitativ gleichen Aussagen führen. Auch die Ableitung der **Vermögen** aus Vermögenserträgen (die größer oder gleich null sind) ist mit Problemen behaftet, da sie unter anderem von der Zinsentwicklung abhängen. Da große Teile der Geldvermögen weiterhin in Form von Sparkonten gehalten werden, für die es in den vergangenen Jahren kaum mehr positive Zinserträge gab, könnte dies unter anderem zu einem gestiegenen Anteil der Haushalte ohne Vermögen beigetragen haben. Allerdings stünden trotz der ausbleibenden Zinserträge weiterhin entsprechende Vermögenswerte den Haushalten zur Verfügung, die jedoch in dem so erstellten Vermögensproxy nicht abgebildet werden. Ebenso berücksichtigt dieser Indikator keine Verbesserung der **Überschuldungssituationen** von Haushalten, was gerade für Haushalte in den unteren Vermögensgruppen relevant ist.

Wie die (jährliche) multidimensionale Betrachtung kann auch die Ergänzung einer **dynamischen Perspektive** wichtige Erkenntnisse liefern, da temporäre Armutslagen sozialpolitisch anders zu bewerten sind als dauerhafte Armut. Dies gilt jedoch auch bei den betrachteten Einzelindikatoren (einmalige Befristungen versus wiederkehrende Befristungen, temporär beengter Wohnraum bei Familiengründung, unterschiedliche Vermögenshöhen im Lebensverlauf). Bei der dynamischen Aggregation der einzelnen Lebenslagen finden die Einflüsse unterschiedlicher Lebensphasen jedoch keine Berücksichtigung. Aus der Einbeziehung der verschiedenen Dimensionen ergeben sich somit keine differenzierteren Ergebnisse, sondern es wird eher schwieriger, Erklärungen für beobachtete Entwicklungen zu finden und diese sozialpolitisch einzuordnen. Dies gilt im Besonderen für Mobilitätsanalysen auf Basis eines multidimensionalen Indikators, bei dem Ursachen für Verschiebungen oder Verharrungstendenzen schwerer nachvollziehbar sind.

Beim Konzept der sozialen Lagen wurde auf die Bezeichnung „Reichtum“ verzichtet, um zu verdeutlichen, dass unter Reichtum eine exklusive Lebenslage zu verstehen ist, die sich vor allem durch Vermögensbesitz in einer Größenordnung auszeichnet, die es ermöglicht, allein von den Erträgen aus Vermögen ein auskömmliches Leben zu führen. Mit Blick auf die Hochvermögenbefragung im Rahmen des SOEP dürfte die Gruppe der „wirklich Reichen“ weniger als 1 Prozent der Bevölkerung betragen. Es wäre konsequent, bei dem Indikatorenset eine entsprechende Reichtumsquote in dieser Größenordnung zu ergänzen. Dies könnte dazu beitragen, der substantiellen Überschätzung des Anteils Reicher entgegenzuwirken.

5 Soziale Mobilität

Der 6. ARB widmet sich zudem schwerpunktmäßig dem **Ausmaß und der Entwicklung sozialer Mobilität in Deutschland**. Er tut dies in einer äußerst umfassenden Art und Weise. Dabei wird nicht nur zwischen unterschiedlichen Dimensionen der sozialen Mobilität differenziert, sondern auch zwischen verschiedenen Zeiträumen und Formen wie der absoluten und relativen Mobilität. Dies ist sehr zu begrüßen.

Insgesamt wird ein überwiegend positives Bild der Lage zur sozialen Mobilität zwischen und innerhalb der Generationen in Deutschland gezeichnet und Deutschland als Aufstiegsgesellschaft gesehen. Dies bezieht sich unter anderem auf Ergebnisse zur **absoluten Mobilität**: „Zwischen 60 und 80 Prozent der Menschen in Deutschland sind sozial mobil im Vergleich zur Klassenposition des Vaters, wobei die Aufstiege deutlich dominieren“ (Bellani et al., 2021, Abschnitt 2.5). Dies deckt sich mit eigenen Untersuchungen zur absoluten Arbeitseinkommensmobilität (Stockhausen, 2018a). Darüber hinaus zeigt sich im ARB, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition über die Generationen gesunken ist (Bellani et al., 2021, Abschnitt 2.5.2). Die Herkunft spielt heutzutage damit eine geringere Rolle in Bezug auf die Klassenposition als früher.

Ähnliche Befunde ergeben sich auch mit Blick auf die kurz- bis mittelfristige **intragenerationale Einkommensmobilität** (innerhalb einer Generation), bei der sich ebenfalls eine höhere Wahrscheinlichkeit findet, den niedrigen Einkommensbereich von unter 60 Prozent des Medians zu verlassen, als in ihn hinabzusteigen. Kurzfristige Übergänge zwischen den Einkommensgruppen erwiesen sich dabei als weitgehend stabil, währenddessen mittelfristige Übergangswahrscheinlichkeiten in eine höhere oder geringere Einkommensklasse sanken. Als die wichtigsten Gründe für den Aufstieg identifiziert der Bericht die Erwerbsintensität und weiterhin das Bildungsniveau (6. ARB, 2021, 70 ff.).

Insgesamt positive Befunde ergeben sich auch mit Blick auf die **relative Einkommensmobilität zwischen den Generationen**. Unter anderem zeigen Kleimann et al. (2021, 204) in ihrem Begleitprojekt, dass die Arbeitseinkommenselastizität für Deutschland mit einem Wert von 0,325 auf einem vergleichsweise geringen Niveau und im Rahmen früherer Schätzungen liegt. Kleinere Werte für die Elastizität gehen hier mit einer höheren Mobilität einher (der Bereich ist auf 0 bis 1 begrenzt). Damit unterstreicht der 6. ARB ebenfalls, dass die jüngsten OECD—Schätzungen

(2018) einen Ausreißer nach oben darstellten und Deutschland im Bereich der Einkommensmobilität kein besonderes Defizit aufweist (siehe auch Stockhausen, 2018b; Hufe et al., 2018).

Ebenso überwiegen bei der neu eingeführten **multidimensionalen Betrachtung** die Aufstiege die Abstiege in den unteren Lagen, auch wenn die Aufstiege heute niedriger liegen als zu Beginn der 1990er Jahre. Dabei fällt die wesentliche Veränderung in der Mobilität mit dem Anstieg der Einkommensungleichheit von Ende der 1990er Jahre bis zur Mitte der 2000er Jahre zusammen. Seitdem haben sich Auf- und Abstiegsstrukturen kaum mehr verändert (6. ARB, 2021, 140 ff.). Allerdings darf an dieser Stelle hinterfragt werden, ob die 1990er Jahre angesichts der Veränderungen in Folge der deutschen Wiedervereinigung überhaupt ein geeigneter Vergleichszeitraum für Mobilitätsanalysen sind, da diese Zeit für viele Menschen, insbesondere in Ostdeutschland, mit großen Unsicherheiten und Umbrüchen verbunden war. Die durch Arbeitslosigkeit oder Frühverrentung induzierte Mobilität dürfte gesellschaftlich und individuell nicht immer wünschenswert gewesen sein.

Zudem wird im 6. ARB angemerkt, dass es **Ostdeutschen** schwerer gelingt, über die gesamtdeutsche Armutsrisikoschwelle zu kommen, da die gesamte ostdeutsche Einkommensverteilung gegenüber der westdeutschen nach links verschoben ist (6. ARB, 67). Dabei fällt der Rückgang der gesamtdeutschen Aufstiegsmobilität aus unteren Lagen bis Mitte der 2000er Jahre unter anderem mit einer Abschwächung des Angleichungsprozesses der Einkommen in Ost und West zusammen. Mit Stabilisierung dieses Prozesses ergeben sich nunmehr kaum Mobilitätsunterschiede zwischen beiden Regionen.

Ferner dürfte der relative Aufstieg in den vergangenen zehn Jahren durch die Einkommenszuwächse in breiten Teilen der Bevölkerung schwieriger geworden sein, da man sich noch stärker hätte verbessern müssen als die Vergleichsgruppen. Muss die Verbesserung darüber hinaus in mehr als nur einer Dimension stattfinden, wird relative Mobilität noch schwieriger erreichbar. **Neben relativen Mobilitätsmaßen empfiehlt sich somit eine ergänzende Betrachtung absoluter Mobilitätsmaße**, die zur Erfassung von Wohlstandsverbesserungen geeigneter sind. So zeigt sich beispielsweise eine Abnahme der erheblichen materiellen Deprivation in den vergangenen Jahren, die sich im multidimensionalen Lagen-Index nicht in gleicher Weise abzeichnet, da sich (aggregierte) Problemlagen ebenfalls anhand relativer Mangellagen in den einzelnen Dimensionen ergeben (siehe zur Entwicklung der materiellen Deprivation auch Grabka, 2021).

6 Subjektive Wahrnehmung

Die überwiegend positive Entwicklung vieler Indikatoren vor der Corona-Pandemie spiegelt sich auch in einer überwiegend **positiven Einschätzung der eigenen Lage** wider. Im Jahr 2019 war die allgemeine Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland so hoch wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung (siehe Destatis et al., 2021, Kapitel 12). Auch die Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen war seit Erhebung der Daten im Jahr 2004 nie höher. Zudem sorgten sich im Jahr 2019 so wenige Menschen wie nie zuvor um ihre wirtschaftliche Situation oder den Arbeitsplatz. Gleichzeitig werden gesellschaftliche Entwicklungen deutlich pessimistischer

wahrgenommen, als sie laut Datenlage eigentlich sind. Auf diese Diskrepanz wird auch im Bericht hingewiesen (siehe Kurzzusammenfassung des 6. ARB, XXII).

Auch mit Blick auf die im Rahmen des ARB-Surveys abgefragten subjektiven Einschätzungen bezüglich persönlicher Mobilitätserfahrungen zeichnet sich insgesamt ein positives Bild ab. So stufen sich weniger Personen „unten“ ein, als dies in der retrospektiven Einschätzung der Befragten vor fünf Jahren der Fall war. Ebenso gaben mehr Personen aus der „unteren Mitte“ und der „oberen Mitte“ an, Aufstiegserfahrungen gemacht zu haben, als das Abstiegserfahrungen erlebt wurden. Ähnliches gilt für die Gruppe „oben“ und deren Veränderungen innerhalb der letzten fünf Jahre (6. ARB). Auch bei den subjektiven Einschätzungen zur Mobilität zwischen den Generationen zeigen sich im Wesentlichen positive Erfahrungen: „Im Durchschnitt zeigt sich dabei die Einschätzung einer wahrgenommenen Aufwärtsmobilität: Der eigene Status wird im Vergleich zum Status der Eltern als höher eingeschätzt wie auch der erwartete Status der Kinder im Vergleich zum eigenen Status“ (6. ARB, 211).

7 Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie

Mit Blick auf die möglichen Auswirkungen der **Corona-Pandemie** geht das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in seiner Pressemitteilung zum Bericht auf Basis der ersten vorliegenden Forschungsergebnisse davon aus, „dass die Sozialschutzpakete bislang negative Verteilungseffekte weitgehend vermieden haben“. Auch eine IW-Studie hat gezeigt, dass die Corona-Krise Ungleichheiten in Erwerbseinkommen und Markteinkommen tendenziell erhöhen wird, aber nicht zwangsläufig die verfügbaren Haushaltseinkommen (Beznoska et al., 2020). Dabei hat sich der sozialstaatliche Ausgleich in der Corona-Pandemie bewährt.

Wenngleich die **Markteinkommen** einiger Gruppen – beispielsweise Geringqualifizierte und Migrant*innen, aber auch Selbständige – besonders stark betroffen waren, haben sozialstaatliche Sicherungssysteme wie das erweiterte Kurzarbeitergeld, der vereinfachte Zugang zum Kinderzuschlag, zum Wohngeld oder zur Grundsicherung in Verbindung mit Überbrückungshilfen für Selbständige für einen erheblichen sozialen Ausgleich gesorgt und Einkommensverluste abgefedert. So sanken die Markteinkommen nach einer Simulationsstudie des IW im Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 2019 krisenbedingt durchschnittlich um rund 6 Prozent, während die **verfügbaren Haushaltseinkommen** nach Steuern und Transferzahlungen um weniger als 1 Prozent zurückgingen.

Die relativen Veränderungen der verfügbaren Haushaltseinkommen sind dabei in den untersten Einkommensgruppen am geringsten. Andere Studien kommen zu ähnlichen Ergebnissen (Bruckmeier et al., 2020; Christl et al., 2021), wenngleich die Unsicherheiten am unteren Rand der Einkommensverteilung größer sind, da über die tatsächliche Inanspruchnahme sozialstaatlicher Hilfsmaßnahmen (noch) keine abschließenden Zahlen beziehungsweise Mikrodaten aus Haushaltsbefragungen vorliegen. Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie aber gezeigt, dass der **Sozialstaat handlungsfähig** ist, auch wenn dies in der Bevölkerung nicht immer gleichermaßen wahrgenommen wird. Es wäre daher auch wichtig, positive Entwicklungen nicht aus dem Blick zu verlieren und somit das Vertrauen in die bestehenden Institutionen zu stärken.

Literatur

Bach, Stefan / Thiemann, Andreas / Zucco, Aline, 2019, Looking for the missing rich: tracing the top tail of the wealth distribution, in: *International Tax and Public Finance*, 26. Jg., Nr. 6, S. 1234–1258

Beznoska, Martin / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020, Stabil durch die Krise? Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie – eine Mikrosimulationsanalyse, *IW-Report*, Nr. 65, Köln

Beznoska, Martin / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2018, Vermögensverteilung im internationalen Vergleich. Studie im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., München

Bellani, Luna et al., 2021, Aktuelle und vergangene Entwicklungen sozialer Mobilität im Lichte institutioneller und struktureller Rahmenbedingungen. Unter Mitarbeit von Maria Bolz et al., in: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (IAW); Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB); IZA Institute of Labor Economics, Bonn; Universität Tübingen (Hrsg.), Berlin (BMAS Forschungsbericht)

Bönke, Timm / Werder, Marten v. / Westermeier, Christian, 2017, How inheritances shape wealth distributions: An international comparison, in: *Economics Letters*, 159. Jg., S. 217–220

Bruckmeier et al., 2020, Covid-19-Krise: Für das Jahr 2020 ist mit keinem Anstieg der Einkommensungleichheit in Deutschland zu rechnen, *ifo Schnelldienst Digital*, Nr. 15, München

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2021a, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Entwicklung der Arbeitslosenquote (Jahreszahlen), Deutschland und Bundesländer, 2020, Nürnberg

BA, 2021b, Langzeitarbeitslosigkeit (Monatszahlen), Deutschland, Länder, Kreise und Jobcenter, Mai 2021, Nürnberg

Christl, Michael et al., 2021, The Role of Short-Time Work and Discretionary Policy Measures in Mitigating the Effects of the Covid-19 Crisis in Germany, *CESifo Working Papers*, Nr. 9072, München

Destatis – Statistisches Bundesamt / WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung / BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), 2021, *Datenreport 2021 - Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn

Deutsche Bundesbank, 2016, Verteilungseffekte der Geldpolitik, in: *Monatsbericht*, September 2016, S. 15–38

EZB – Europäische Zentralbank, 2021, Monetary policy and inequality, in: *Economic Bulletin*, Nr. 2, S. 84–104

Fedorets, Alexandra / Grabka, Markus M. / Schröder, Carsten / Seebauer, Johannes, 2020, Lohnungleichheit in Deutschland sinkt, in: *DIW Wochenbericht*, Nr. 7, S. 91–97

Grabka, Markus M., 2021, Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht, in: *DIW Wochenbericht*, Nr. 18, S. 307–316

- Groh-Samberg, Olaf / Büchler, Theresa / Gerlitz, Jean-Yves, 2021, Soziale Lagen in multidimensionaler und Längsschnittbetrachtung, BMAS-Forschungsbericht, Bonn
- Hufe, Paul / Peichl, Andreas / Weishaar, Daniel, 2018, Intergenerationelle Einkommensmobilität: Schlusslicht Deutschland?, in: ifo Schnelldienst, 71. Jg., Nr. 20, S. 20–28
- Kleimann, Rolf et al., 2020, Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), BMAS Forschungsbericht, Bonn
- Kompetenzfeld Fachkräftesicherung (KOFA), 2021, Daten und Fakten zu Fachkräfteengpässen, <https://www.kofa.de/fachkraefteengpaesse-verstehen/auf-einen-blick> [14.6.2021]
- Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020a, Steigende Einkommen, sinkende Sorgen – die Zeit vor Corona, in: Wirtschaftsdienst, 100. Jg., Heft 4, S. 237–241
- Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020b, Ungleichheit(en), ein bekanntes Phänomen?, in: ifo Schnelldienst, 73. Jg., Nr. 2, S. 3–6
- Niehues, Judith, 2017, Einkommensentwicklung, Ungleichheit und Armut – Ergebnisse unterschiedlicher Datensätze, in: IW-Trends, 44. Jg., Nr. 3, S. 117–135
- OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2018, A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility, OECD Publishing, Paris
- Stockhausen, Maximilian, 2020, Erbschaften und Schenkungen reduzieren die Vermögenskonzentration, IW-Kurzbericht, Nr. 73, Köln
- Stockhausen, Maximilian / Calderón, Mariano, 2020, Verteilungsreport 2020, IW Report, Nr. 8, Köln
- Stockhausen, Maximilian / Niehues, Judith, 2019, Vermögensverteilung: Bemerkenswerte Stabilität, IW-Kurzbericht, Nr. 81, Köln
- Stockhausen, Maximilian, 2018a, Like Father, Like Son? A Comparison of Absolute and Relative Intergenerational Labour Income Mobility in Germany and the US, in: SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, Nr. 989, Berlin
- Stockhausen, Maximilian, 2018b, Ist der Traum vom sozialen Aufstieg ausgeträumt?, IW-Kurzbericht, Nr. 48, Köln
- Westermeier, Christian / Grabka, Markus M., 2015, Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, Nr. 7, S. 123–133